

Greenplease Newsletter

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Gladbeck

Themen in dieser Ausgabe:

- Zukunft der Integrationsarbeit
- Radverkehrspolitik
- Nachtbusliniennetz
- Bahnhofausbau
- Hundeverordnung
- Erneuerbare Energien
- Emissionshandel
- Europawahlkampf

In dieser Ausgabe:

GRÜNE befürworten Integrationsausschuss	1
Jetzt weiter kräftig in die Pedalen treten!	2
Grüne Kritik an Nachtbuslinien-Chaos findet Gehör	2
Gute Chancen für Bahnhof Zweckel	3
Hundeverordnung: Grüne sehen sich bestätigt	3
GRÜNE kaufen ein „Ü“	4
Fördermittel für erneuerbare Energien	4

GRÜNE befürworten Integrationsausschuss

Mit der Reform der Kommunalverfassung im Mai 1994 wurde der Ausländerbeirat als Institution in die Gemeindeordnung aufgenommen. Seither hat es in der Arbeit der Ausländerbeiräte, wie auch in Gladbeck, mehr Schwächen als Erfolge gegeben.

Ausländerbeiräte haben eine niedrige Wahlbeteiligung, die Mitglieder kommen nur selten vollzählig zu den Sitzungen. Eigentlich sollen sie für die Belange der MigrantInnen eintreten, sich in die politische Diskussion einmischen, aber die Arbeit ist mühselig: Sie

trag für die nächste Rats-sitzung. Mit einem gemeinsamen Beschluss der Grünen, SPD und CDU im Oktober 2003 im Landtag wurde der Weg dazu geebnet. Darin heißt es: „Der Landtag bittet die Landesregierung, das konstruktive Zusammenwirken von Rat und Ausländerbeirat durch Handlungsempfehlungen zu unterstützen. Andere Organisationsformen als die des Ausländerbeirates sind zu ermöglichen...“ Auch die Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte (LAGA) befürwortet und empfiehlt schon länger andere Modelle in den Kommunen, die den MigrantInnenvertretungen mehr Mitwirkung und Gestaltungskompetenz im Rahmen von politischen Entscheidungsprozessen ermöglichen.

„Das ist nicht nur eine Aufgabe für Migrantinnen und Migranten, sich um Fragen und Probleme der Migration und Integration zu kümmern, sondern auch eine Aufgabe für die Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft, also für uns alle“, erklärt Müzeyyen Dreessen. Daher sollen nach dem neuen Modell auch Ratsmitglieder in den Ausschuss entsandt werden, die gemeinsam mit gewählten MigrantInnen an den Themen der Integration wirken. Viele Kommunen in NRW werden zur nächsten Kommunalwahl die Genehmigung für andere Modelle nach § 126 Gemeindeordnung – Experi-



Stadtverbandssprecherin Müzeyyen Dreessen hofft auf ein positives Votum des Rates für eine Modernisierung des Ausländerbeirates

„Integration ist nicht nur eine Aufgabe für Migranten, sondern auch für die Mehrheitsgesellschaft!“

können nur beraten und empfehlen, Stellvertreter für die Mitglieder sind nicht vorgesehen. In der breiten Öffentlichkeit wird ihre Arbeit kaum wahrgenommen, aber auch nicht von ihren Wählerinnen und Wählern, bemerkt die Stadtverbandssprecherin der Grünen, Müzeyyen Dreessen.

Damit sich das alles ändert, befürworten die Grünen eine Reform des Ausländerbeirates hin zu einem Integrationsausschuss und stellen einen An-

mentierklausel beim Innenministerium beantragen, aber in Gladbeck scheinen die Verantwortlichen bis jetzt nur an einer Verkleinerung des jetzigen Ausländerbeirates zu arbeiten. Wenn Integration ernst gemeint ist, muss auch die politische Partizipation der Migranten verbessert werden. Ein Ausländerbeirat in jetziger Form hilft weder die Themen und Fragen zum Thema Migration und Integration zu bearbeiten und zu lösen, noch ist er ein Sprachrohr der Mehrheit unserer ausländischen Mitbürger. Daher werden sich keine aktiven MigrantInnen in einen Beirat dieser Form wählen lassen, glaubt Dreessen.

→ [mehr Infos im Netz](#)

Jetzt weiter kräftig in die Pedalen treten!

[15.03.04] Als schönen Auftakt zur Fahrradsaison verstehen die Grünen die Auszeichnung der Stadt als engagierte Fahrradstadt. "Das gute Ergebnis im Fahrradklimatest 2003 bestätigt die Anstrengungen von Verwaltung und Politik in den letzten 10 Jahren", freut sich Bernd Lehmann, grüner Sprecher im Bauausschuss.

In einer großen bundesweiten Umfrage hatten ADFC und BUND gefragt, wie fahrradfreundlich Deutschlands Städte sind. Über 8300 Fragebögen wurden ausgefüllt. 148 Städte und Gemeinden gelangten in die Auswertung. Gladbeck errang hierbei den ehrenwerten Platz 7 unter den Städten mit bis zu 100.000 Ein-

wohnern.

"Die Auszeichnung ist uns Ansporn, das Fahrradfahren in Gladbeck weiter zu fördern", so der grüne Verkehrspolitiker. Ziel müsse es sein, auch die letzten Schwächen auszuräumen, um bereits in wenigen Jahren Bocholt den Rang als fahrradfreundlichste Mittelstadt in Deutschland abzulaufen. Als Schwäche kristallisierte sich mit einer schlechten Bewertung von 4,55 in Gladbeck vor allem die Führung des Radlers im Bereich von Baustellen heraus. Lehmann: "Dass Radler nach 10 Jahren engagierter Radverkehrspolitik nach wie vor mit dem Schild 'Radfahrer bitte absteigen' konfrontiert werden, ist eine Blamage". Gegenüber dem Tiefbauamt hatten die Grünen erst vor kurzem die Baustelleneinrichtung im Bereich der

Horster Straße scharf kritisiert.

Dennoch wollen die Grünen positiv in die Zukunft radeln: die Kirchhellener und die Feldhauser Straße sind nur zwei Abschnitte, die auf ihrer Agenda stehen. "In beiden Bereichen wollen wir mit breiten Markierungen auf der Straße den Radlern ein zügiges Vorwärtkommen ermöglichen", beschreibt Lehmann die Planungsvorstellungen seiner Partei. Die Radfahrspuren auf den Straßen wollen die Grünen im Zuge der Herstellung der Kreisverkehre einrichten, die an den Kreuzungen mit der Beethovenstraße und der Josefstraße entstehen sollen. "Wichtig ist, dass wir am Ball bleiben und in Sachen Radverkehrsförderung weiter kräftig in die Pedale treten", so Lehmann.

→ [mehr Infos im Netz](#)



Den ehrenwerten Platz 7 errang Gladbeck im bundesweiten Fahrradklima-Test

„Das Schild ‚Radfahrer bitte absteigen‘ ist eine Blamage!“

Grüne Kritik an Nachtbuslinienchaos findet Gehör

[24.03.04] Der Verkehrsverbund Rhein Ruhr will zumindest bei den Nachtbuslinienangeboten dem Kirchturmdenken der Städte ein Ende bereiten. Damit greift die Verbandsversammlung der VRR eine Forderung der Grünen auf, die die Angebotsplanungen der Vestischen stark kritisiert hatten.

"Nachtschwärmer im Ruhrgebiet machen nun mal nicht an den Stadtgrenzen halt", bemängelte Grünersprecher Bernd Lehmann das bisherige Abstimmungschaos. Das Chaos veranschaulichten die Grünen am Beispiel der Nachtbusverbindung zwischen Essen und Gelsenkirchen, bei der sich die Essener Verkehrsbetriebe und die Vestische auf halber Strecke in Gelsenkir-

chen Horst getroffen hatten. Weil natürlich niemand nachts um 2 nach Horst wollte und der Umstieg den wenigsten bekannt war, stellte der Kreis die Nachtbusanbindung an Essen im vergangenen Jahr ein.

Die Kritik der Grünen wird vom VRR bestätigt. Eine erste Analyse des VRR hat ergeben, dass das Fahrgastbedürfnis nach verbundweiter Mobilität stetig wächst, die momentanen NachtExpress-Netze im VRR in der Regel aber auf die jeweils innerstädtischen Nahverkehrsstrukturen ausgerichtet sind. Eine verbundweite Abstimmung der Angebote ist jedoch unabdingbar notwendig, um eine möglichst marktgerechte und wirtschaftliche Ausrichtung der verschiedenen NachtExpress-Netze zu erreichen.

Momentan bieten 15 kommunale Verkehrsunternehmen auf 109 Linien in 32 Städten und Gemeinden des VRR eigene NachtExpress-Leistungen an. Insgesamt existieren so 16 größtenteils individuell gestaltete Angebote nebeneinander. "Die Idee der Ruhrstadt-Metropole ist in den Köpfen der Planer noch nicht angekommen", kritisiert Lehmann. "Man stelle sich 15 Unternehmen in Berlin vor - das ist absurd!". Es sei demnach ein Erfolg, dass das Problem nun wenigstens auch von der Verbandsversammlung erkannt wurde und der VRR weitere Analysen und Arbeitsschritte in diesem Bereich unternehmen. Mit Ergebnissen sei leider aber erst frühestens Ende des Jahres zu rechnen.

→ [mehr Infos im Netz](#)



Mit den Nachtbussen gelangen Gladbecker Nachtschwärmer ins pulsierende Ruhrgebiet

Gute Chancen für Bahnhof Zweckel!

[10.03.04] Der Sprung auf die Bahnsteigkante am Bahnhof Zweckel wird bald abgefedert. Denn nach Auskunft der GRÜNEN stehen die Zeichen für Landeszuschüsse in Höhe von insgesamt 646.000 Euro zum Umbau der Bahnsteige sehr gut.

"Schon lange sind die zu niedrigen Bahnsteige vor allem älteren Zugreisenden ein Ärgernis", freut sich Bernd Lehmann, grüner Sprecher im

Bauausschuss, über die anstehenden Verbesserung. Bislang ist es am Bahnhof Zweckel nicht möglich, niveaugleich in die Züge zu gelangen. Insbesondere für Eltern mit Kinderwagen und für Rollstuhlfahrer stellen die Treppen in den Zug eine unüberwindbare Barriere dar.

Wie die Grünen von der Bezirksregierung in Münster wissen, sollen die Landesmittel zur Anhebung der Bahnsteige noch in diesem Jahr freigegeben werden, so dass Stadt und

Bahn unmittelbar mit den Umbauarbeiten beginnen können. Für die Bahnsteiganhebung ist die Deutsche Bahn AG zuständig. Sie erhält hierfür vom Land gut 590.000 Euro. Die Stadt erhält Zuschüsse in Höhe von 53.000 Euro, um die Zuwegung zu den Gleisen zu verbessern. Lehmann ist zuversichtlich, dass der Regionalrat für die Gladbecker Projekte grünes Licht geben wird.

→ [mehr Infos im Netz](#)



Bahnverkehr in Zweckel

Hundeveordnung: GRÜNE fühlen sich bestätigt!

[23.03.04] Eine Gladbecker Hundehalterin muss das von der Stadt auferlegte Ordnungsgeld nicht zahlen, obwohl sie ihren Hund ohne Leine im Wittringer Wald laufen ließ. Dies hat das Verwaltungsgericht jüngst für Recht erklärt.

Die Gladbecker GRÜNEN sehen sich dadurch in ihrer Ablehnung des im vorigen Jahr vom Rat verabschiedeten "Gladbecker Hundelandrechts" bestätigt.

"Im Bestreben das Richtige zu tun, hatten Ratsmehrheit und Verwaltung dabei deutlich übers Ziel hinaus geschossen,"

erläutert GRÜNEN-Ratsherr Mario Herrmann. So seien in Gladbeck weit mehr Freiflächen mit einem Leinenzwang belegt worden, als im Hundegesetz vorgesehen. Und das, obwohl das Hundegesetz der rot-grünen Landtagsmehrheit den Sicherheitsbedürfnissen der Bevölkerung bereits in sehr hohem Maße Rechnung getragen hatte.

"Jetzt haben wir den Salat: Anstatt der eindeutigen Regelungen des Hundegesetzes haben wir in Gladbeck nun eine unklare Rechtslage," ärgert sich Herrmann. "Wäre der Rat seinerzeit unserem Vorschlag gefolgt und hätte einen Leinenzwang zwar für

Wittringen und die Stadtparks, nicht aber für wenig frequentierte Gebiete, die sich für den Auslauf von Hunden anbieten wie z.B. die Haldenlandschaft oder die Gecksheide - verordnet, wäre es vermutlich zu einem solchen Urteil gar nicht gekommen!"

Die Gladbecker GRÜNEN erwarten nun Konsequenzen und hoffen, dass die Verwaltung in Kürze eine modifizierte Hundeverordnung, die den gerichtlichen Vorgaben Rechnung trägt, zur Entscheidung vorlegt.

→ [mehr Infos im Netz](#)

„Im Bestreben das Richtige zu tun, hatten Ratsmehrheit und Verwaltung deutlich übers Ziel hinaus geschossen!“

Bärbel Höhn: „NRW-Gesetz bietet Schutz vor gefährlichen Hunden“

[16.03.03] Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Bundesgesetz zur Bekämpfung gefährlicher Hunde bestätigt den Ansatz des Hundegesetzes in Nordrhein-Westfalen, so die grüne Umweltministerin Bärbel Höhn.

Das Urteil zur Beschwerde gegen das Bundesgesetz zur Be-

kämpfung gefährlicher Hunde hat wie erwartet keine Auswirkungen auf das seit Januar 2003 geltende nordrhein-westfälische Hundegesetz. Dieses gilt unverändert.

Umweltministerin Bärbel Höhn: "Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Urteil unser NRW-Gesetz sogar noch bestärkt, da es ausdrücklich die Zuständigkeit der Länder

sowie die Zulässigkeit von so genannten Rasselisten bestätigt hat. Gerade weil es immer wieder Diskussionen um den Ansatz der Rasselisten gibt, ist es gut, dass das Gericht hervorgehoben hat, dass zum Schutz der Menschen vor gefährlichen Hunden eine solche Kategorisierung sinnvoll und angemessen ist."



*„Sie sagten doch, der beißt nicht!“
- „Er schluckt ja auch nur!“*

Pssst... Grüne kaufen ein „Ü“!

[09.03.2004] Die Grünen schalten den Umlaut frei: im Internet. Konnte ihre Internetseite bisher nur unter www.gruene-gladbeck.de angewählt werden, können Surfer jetzt auch die normale Schreibweise mit einem "ü" verwenden.

"Bereits heute verzeichnen wir jeden Monat rund 27.000 Zugriffe auf unsere Seiten", so der Grüne Stadtverbandssprecher Bernd Lehmann. Bis zu 2.000 Zugriffe sind es täglich. Das Internet stelle für die Grünen demnach längst eine wichtige Plattform dar, um die Bürgerinnen und Bürger über ihre

Arbeit vor Ort zu informieren. Grund genug für die Grünen, bei der Adresseingabe nun auch den Umlaut zu ermöglichen. Möglich wurde dies, nachdem die Vergabestelle für .de-Domains, Denic, am 1. März auf sogenannte Internationalized Domain Names (IDN) umgestellt hat.

"75 % unserer Besucher geben direkt den Namen unserer Internetseite ein", weiß Lehmann aus der Statistikauswertung. Der Rest gelange über Suchmaschinen wie Google oder andere Verweise auf die Grünenseite. Und schon zum Bundeswahlkampf im Jahr 2002 konnten die Grünen fest-

stellen, dass das Bedürfnis der Bürger nach Informationen größer wurde und die Zugriffe auf die Seiten anstiegen. "Die Einführung des Ü ist uns daher im anstehenden Kommunalwahlkampf natürlich willkommen", so Lehmann. Jetzt haben Internetsurfer also die Wahl zwischen gruene-gladbeck.de und gruene-gladbeck.de.

Ganz so sprachgewandt wie die Grünen sind jedoch nicht alle Browser. Sie erkennen die deutschen Umlaute erst nach einer Aktualisierung durch sogenannte Plug Ins.

→ [weitere Infos und Plug Ins](#)



„Pssst! Hey, Du! Ja, genau Du! Willst Du ein Ü kaufen?“

9,5 Mio. Euro für Fotovoltaik, Solarthermie und Biogas

[22.03.04] Ab sofort können Bürgerinnen und Bürger wieder Anträge für die Förderung von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien und rationellen Energieverwendung (REN-Programm) beim Land einreichen. Darauf weisen die GRÜNEN hin.

Das REN-Programm sei seit Jahren Motor für den Einsatz erneuerbarer Energien in NRW. Schwerpunkte liegen auf der Fotovoltaik und Solarthermie für Mehrfamilienhäuser

sowie Biomasse- und Biogasanlagen. Insgesamt stehen 9,5 Mio. Euro für die REN-Breitenförderung durch das Land NRW bereit.

Angesprochen sind vor allem gemeinnützige Vereine, kirchliche, soziale und karitative Einrichtungen, aber auch Schulen und Kindergärten, um gezielt Projekte mit Multiplikatorencharakter zu fördern. Das Thema Fotovoltaikanlagen ließe sich beispielsweise gut in den Unterricht integrieren. So könnten Kinder und Jugendliche an die praktischen Anwen-

dungsmöglichkeiten erneuerbarer Energien heranführen werden.

Die novellierte REN-Richtlinie 2004 ist, zusammen mit einem Merkblatt und den Antragsformularen, über die Internet-Seiten der Grünen unter www.gruene-gladbeck.de abrufbar. Dort erreichen interessierte Bürgerinnen und Bürger auch Online-Förderrechner, mit denen mögliche Zuschüsse sofort kalkuliert werden können.

→ [weitere Infos im Netz](#)

„Das REN-Programm ist seit Jahren Motor für den Einsatz erneuerbarer Energien!“

Aktuelle Pläne, Fotos und Informationen im Netz !

Seit Anfang des Jahres laufen die Abrissarbeiten am Marktplatz. Fotos und Pläne können Sie auf unseren Seiten abrufen!

→ [zu den Themenseiten](#)

→ [zu den Marktplatzinfos](#)



Details wie die Gestaltung der Haltestellen wurden in der letzten Sitzung des Bauausschusses diskutiert.

Als Internetdownload ist auch die aktuelle Grüne Zeitung der NRW-Grünen verfügbar. Sie thematisiert u.a. den in Aussicht gestellten EU-Beitritt der Türkei!

→ [Grüne Zeitung \(pdf, 220KB\)](#)

→ [Europawahlprogramm \(pdf\)](#)

Jürgen Trittin bekräftigt Instrumentenmix im Klimaschutz

[23.03.04] Bundesumweltminister Jürgen Trittin (GRÜNE) hat auf die Notwendigkeit eines breiten Instrumentariums der Klimaschutzpolitik hingewiesen. "Von der Ökosteuer über den Emissionshandel bis zur Förderung erneuerbarer Energien: Diese Instrumente gehören zusammen, wir dürfen nicht das eine gegen das andere ausspielen. Wir sollten auch nicht ständig zaudern und alles wieder in Frage stellen, was sich längst als erfolgreich bewährt hat und was im Ausland bereits kopiert und nachgeahmt wird", so Trittin

Deutschland will seine Vorreiterrolle im Klimaschutz weiter ausbauen. "Das ist umweltpoli-

„Die Klimaschutzpolitik der Bundesregierung ist ein Programm zur ökologischen Modernisierung unserer Wirtschaft!“

tisch notwendig und volkswirtschaftlich sinnvoll", bekräftigte der Bundesumweltminister.

Im letzten Jahr betrug allein die versicherten Schäden des Klimawandels rund 63 Milliarden Euro, und sie wachsen von Jahr zu Jahr. "Es hängt von den Weichenstellungen der nächsten 15 Jahre ab, ob es gelingt, die globale Erwärmung und damit die rasante Zunahme von materiellen Schäden und Leid für die betroffenen Menschen abzubremsen", sagte der Bundesumweltminister. Die internationale Staatengemeinschaft habe mit dem Kyoto-Protokoll erstmals ein Regelwerk geschaffen, das absolute Obergrenze für die Emission

von Klimagasen enthalte.

Der Instrumentenmix zum Klimaschutz in Deutschland dient dazu, die Verpflichtung aus dem Kyoto-Protokoll zu erfüllen. Die Klimaschutzinstrumente in Deutschland sind maßgeschneidert, ergänzen sich gegenseitig, schaffen Synergieeffekte und lohnen sich volkswirtschaftlich. "Die Klimaschutzpolitik der Bundesregierung ist ein Programm zur ökologischen Modernisierung der Wirtschaft", sagte der Bundesumweltminister. In der Umweltbranche arbeiten 1,2 Mio. Menschen, rund 120.000 allein im Bereich erneuerbare Energien. 2003 kletterte der Umsatz im Bereich erneuerbarer Energien bereits auf 10 Milliarden Euro. "Wo sonst haben wir in Deutschland zur Zeit einen derartigen Aufschwung, der sich auch auf den Arbeitsmarkt niederschlägt?", so Trittin.

Die Förderung erneuerbarer Energien kostet den Durchschnittshaushalt bislang rund einen Euro pro Monat. "Windenergie ist schon heute in der Erzeugung billiger als Kohlestrom. Eine Kilowattstunde Windenergie kostet 7-8 Cent, eine Kilowattstunde Steinkohlestrom dagegen 8,2 Cent", sagte Trittin. Die Einführung des Emissionshandels werde dazu beitragen, dass die Preise im Energiebereich sehr viel stärker auch die ökologische Wahrheit sprechen als bisher, so der Bundesumweltminister weiter.

Trittin erneuerte seinen Vorwurf an die großen Stromnetzbetreiber, ihre Marktmacht zu missbrauchen und vom verzerrten Wettbewerb zu Lasten der Verbraucher zu profitieren. Als Beispiel verwies der Bundesumweltminister auf die Strompreisrunde zu Beginn dieses Jahres, die von einzelnen Stromkonzernen mit einer Zunahme der eingespeisten erneuerbaren Energien be-

gründet wurde. "Tatsache ist, dass im letzten Jahr nicht mehr erneuerbarer Strom eingespeist wurde als 2002 - leider", so der Bundesumweltminister. Mit dem neuen Energiewirtschaftsgesetz werde sichergestellt, dass zukünftig "die Energieunternehmen keinen Reibach auf Kosten der Verbraucher machen können". Die Wirtschaft wird durch die fortschrittliche Klimapolitik der Bundesregierung nicht überbelastet, sondern sie wird geschont und verdient sogar daran. So profitieren beispielsweise die meisten Betriebe von der ökologischen Steuerreform, weil die Sozialbeiträge sinken. Die Ökosteuer wird ohnehin fast allen Betrieben ermäßigt. "Nicht die Wirtschaft zahlt die meiste Ökosteuer, sondern die Bürgerinnen und Bürger", sagte Trittin. Auch der Emissionshandel sei ein Instru-



Bundesumweltminister Jürgen Trittin

*Unterstützen Sie grüne
Energiepolitik!
Werden Sie Mitglied von
Bündnis 90 / DIE GRÜNE*

ment, das der Wirtschaft nütze. "Er erspart der Industrie bei der Erfüllung ihrer Klimaschutz-Selbstverpflichtung bis zu 500 Millionen Euro im Jahr. Mehr als in der Selbstverpflichtung zugesagt, fordern wir auch im Emissionshandel nicht. Allerdings bestehen wir auf der Einhaltung", so der Bundesumweltminister. Die deutschen Steuerzahler subventionierten die Klimaschutz-Selbstverpflichtung der deutschen Wirtschaft allein im Jahr 2004 mit 5,6 Milliarden Euro Steuersubventionen. "Ich finde, dafür können wir auch verlangen, dass sie eingehalten und nicht unterlaufen wird", sagte Trittin.



Weine nicht, wenn der Schornstein fällt! - Denn erneuerbare Energien bringen mehr Arbeitsplätze als alle Emissionen.



Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Gladbeck

V.i.S.d.P. Bernd Lehmann
Stadtverbandssprecher
Rentforter Straße 43 a
D-45964 Gladbeck

Telefon: 0 20 43 / 2 54 12
Fax: 0 20 43 / 2 17 76
E-Mail: info@gruene-gladbeck.de

Grün wirkt!

ALLE INFOS FINDEN SIE IM NETZ
UNTER
WWW.GRUENE-GLADBECK.DE

Zu diesem Newsletter:

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich über unsere Seite in unseren Info-Verteiler eingetragen haben. Es kann aber auch sein, dass Ihnen diese Ausgabe unseres Newsletters von uns oder anderen zugesandt wurde, weil wir meinten, dass Sie Interesse an Informationen über unsere Stadt haben.

Es liegt uns fern, Sie unaufgefordert mit emails zu belästigen. Um den Newsletter zu abonnieren bzw. um ihn (nach einer Anmeldung) wieder abzubestellen, können Sie eine leere e-mail an folgende Adressen senden:

→ **anmelden:** gruene-gladbeck-subscribe@domeus.de

→ **abmelden:** gruene-gladbeck-unsubscribe@domeus.de

Ein- und austragen können Sie sich auch über unsere Internetseite. Gerne stehen wir Ihnen auch telefonisch, per email oder Fax. zur Verfügung.

Europawahl: „Du entscheidest!“

Die Grünen aus 25 Ländern gehen mit einer gemeinsamen Kampagne und einem gemeinsamen Spitzenteam in den Europawahlkampf. Heute wurden in Berlin die ersten deutschen Motive vorgestellt.

Die Politische Bundesgeschäftsführerin der Grünen, Steffi Lemke, betonte, dass die Grünen als einzige mit einer gemeinsamen europäischen Kampagne in den Wahlkampf gingen. Die mehrsprachige Kampagne bietet dennoch Spielraum, mit Modulen nationale Belange hervorzuheben. Damit machten die Grünen deutlich, "über den Tellerrand hinaus zu denken", sagte Lemke. Die Grünen würde für konsequent europäische Lösungen eintreten, von ihnen seien

keine "politische Mogelpackungen" zu erwarten, sagte Lemke mit Blick auf den politischen Gegner. Die Kampagne wurde von der Berliner Agentur "Zum Goldenen Hirschen" umgesetzt.

Die europaweite, mehrsprachige Kampagne zeige "große Gemeinsamkeit" und "hohen Wiedererkennungswert", so Bernd Heusinger, Agentur Zum Goldenen Hirschen. Darin liege eine "absolute Stärke". Mit den Motiven für die erste Phase des Wahlkampfes habe man bewusst auf die grünen Kernthemen gesetzt und eine "neue Ästhetik" gesetzt. Der Slogan "Du entscheidest!" treffe den Kern, weil es um die "Grundlagen künftiger europäischer Politik" gehe, so Heusinger. Hauptthemen der ersten Phase des Europawahlkampfes

sind die Themen Klima- und Gewässerschutz, Energie- und Friedenspolitik und Verbraucherschutz.

→ [weitere Infos im Netz](#)



Good Food statt Gen Food